

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 25. Jänner 1950.

66/5

Anf r a g e

der Abg. Ernst Fischer und Genossen  
 an den Bundeskanzler,  
 betreffend die Verhandlungen über den Staatsvertrag.

-.-.-.-.-

Die überraschende Stockung der schon weit gediehenen Beratungen über den Staatsvertrag hat in der Öffentlichkeit berechtigte Beunruhigung hervorgerufen. Diese Beunruhigung wird noch dadurch verstärkt, dass, wie aus verschiedenen in der Presse veröffentlichten offiziellen und halboffiziellen Erklärungen der Westmächte hervorgeht, die Stockung in den Verhandlungen nicht durch Differenzen in der einen oder anderen der noch ungelösten Fragen des Vertrages oder der zweiseitigen Verhandlungen in Wien hervorgerufen ist, sondern dadurch, dass die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus Österreich nicht zurückzuziehen wünschen.

Der Herr Aussenminister Dr. Gruber hat zu verstehen gegeben, dass der "Österreichische Staatsvertrag" nur im Zusammenhang mit der internationalen Lage betrachtet werden könne, dass also die untergeordnete Frage der Kosten der Hilfslieferungen für die Westmächte nur ein Vorwand war, um den Abschluss des Staatsvertrages zu vereiteln.

Wiederholt haben Sprecher der USA erklärt, der Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Österreich komme nicht in Frage. Schon im Februar 1949 hat zum Beispiel die massgebende Zeitung "New York Herald Tribune" geschrieben: "Würden wir Österreich verlassen, so wäre das für uns Amerikaner ein ernster strategischer Rückschlag. Wenn wir aber lange genug auf diesem vorgeschobenen Posten ausharren, so mag es möglich sein, ganz Südosteuropa zurückzugewinnen, was für uns ein enormer Sieg wäre."

Am 10. Dezember 1949 hat der amerikanische Senator Elmar Thomas nach seiner Rückkehr von einer offiziellen Inspektionsreise durch Westdeutschland und Österreich in Washington erklärt, der Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Österreich und Westdeutschland sei "unmöglich" und die amerikanische Armee müsse "um jeden Preis" in Wien und Berlin verbleiben.

Unmittelbar nach der Sprengung der Konferenz der Sonderbeauftragten hat das amerikanische Aussenamt eine offizielle Erklärung herausgegeben, in der gesagt wurde, dass das Aussenamt "geeignete Schritte erwäge, die zu einer Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs in Übereinstimmung

21. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 25. Jänner 1950.

mit der öffentlich deklarierten Politik der amerikanischen Regierung führen."

Diese Erklärung wurde allgemein dahingehend kommentiert, dass Amerika einen Sondervertrag mit Österreich erwäge. Die österreichische Regierung werde, so wurde in einzelnen Kommentaren gesagt, nach Abschluss eines Vertrages die USA ersuchen, ihre Truppen aus Österreich nicht zurückzuziehen. Diese Kommentare werden durch einen Bericht der römischen Zeitung "Il Paese" aus Washington bekräftigt. In diesem Bericht heisst es:

"Bei der Diskussion des österreichischen Staatsvertrages wurde in amerikanischen politischen Kreisen festgestellt, dass die österreichische Regierung unter dem Vorwand einer drohenden 'kommunistischen Erhebung' um eine Zusicherung Washingtons ersucht hat, dass amerikanische Truppen auch nach Unterzeichnung des Staatsvertrages in Österreich bleiben werden."

Die amerikanische Regierung hat sich die Untersuchung dieser Frage vorbehalten.

In amerikanischen Kreisen wird versichert, dass diese Erklärung der österreichischen Regierung ein Grund zur Verzögerung des Staatsvertrages sei."

Angesichts dieser beunruhigenden Tatsachen und Meldungen richten wir an den Herrn Bundeskanzler die

#### Anfrage:

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Versicherung abzugeben, dass die österreichische Regierung unter keinen Umständen gesonnen ist, den Staatsvertrag durch Sonderverträge mit einzelnen Mächten zu ersetzen?

2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Versicherung abzugeben, dass die österreichische Regierung nach dem Abschluss des Staatsvertrages auf dem Abzug aller Truppen bestehen und sich in keinerlei Sondervereinbarungen einlassen wird, auf Grund welcher eine oder mehrere der Besatzungsmächte das Recht erhalten würden, unter irgend einem Vorwand ihre Truppen in Österreich zu belassen oder wieder nach Österreich zurückzuführen?

3.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Versicherung abzugeben, dass die österreichische Regierung auch nach Abschluss des Staatsvertrages keinerlei militärische Verpflichtung übernehmen, keinerlei militärische Stützpunkte (Flugplätze usw.) zulassen und Österreich nicht in das System des Atlantikpakts eingliedern, sondern seine Unabhängigkeit nach allen Seiten hin wahren wird?

•••••